Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naunhof; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittag 4 Uhr. Bezugspreis: Monatlich ohne Austragen 1.50 Mk., Post ohne Bestellgeld monatl. 1.50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg., amtliche 50 Pfg., Reklameteil (3gesp.) 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Aufschlag. Bei undeutlich geschriebenen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Druck und Verlag: Günz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 3

Nummer 38 — **Dienstag, den 27. März 1928** — **39. Jahrgang**

Amtliches.

Die öffentlichen Straßen werden oft, besonders während der Zeit der Felddestellung, durch Ackerboden, der sich von den Wagenrädern löst, und durch Dünger, der von den Wagen herabfällt, derart verunreinigt, daß Kraftfahrzeuge gefährdet werden. Durch die Auslaugung des Ackerbodens und des Düngers wird auch die Haltbarkeit der Fahrbahn sehr beeinträchtigt. Es sind deshalb insbesondere Düngerwagen nicht zu überladen; auch ist der Dünger auf den Wagen vor der Abfahrt aus der Düngerstätte genügend festzuschlagen.

Auf Grund von § 31 Abs. 1 und 3 der Sächs. Straßenverkehrsordnung vom 15. Juli 1927 wird dies mit dem Hinweise bekannt gemacht, daß Zuwiderhandlungen nach § 34 der genannten Verkehrsordnung in Verbindung mit § 366 Ziff. 10 des Reichsstrafgesetzbuchs bestraft werden.

Grimma, 23. März 1928. — Die Amtshauptmannschaft.

Mittwoch, den 28. März 1928, vorm. 10 Uhr soll in Naunhof im Restaurant „Gambrinus" eine Tiegeldruckpresse öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Grimma, den 27. März 1928. — R. V. 391/28.

Finanzamt.

Leerlauf.

Man hat in Deutschland die Arbeiten der Vorbereitenden Abrüstungskommission beim Völkerbund eigentlich immer mit starkem Mißtrauen verfolgt, hat aber, und zwar mit steigender Deutlichkeit, den in Versailles ausgestellten Wechsel präsentiert, wonach die deutsche Entwaffnung nur den Beginn der allgemeinen Abrüstung darstellen sollte. Einen recht eifrigen Bundesgenossen fand die deutsche Delegation bei dieser Genfer Kommission zuletzt auch im russischen Vertreter, einen Bundesgenossen, der sich zwar unbedingt für die deutschen Anträge einsetzte, aber leider oft durch maßlose, die Wirklichkeit gar nicht berücksichtigende Vorschläge verhängnisvoll wirkte. Freilich hat auch er in letzter Stunde im Gegensatz zu seinem früheren Auftreten durchaus annehmbare Anträge gestellt, aber auch das hat nichts mehr genutzt, die ganze Tätigkeit der Kommission hat mit einem praktischen Mißerfolg, mit einer völligen Erfolglosigkeit geendet — es wird wieder einmal alles vertagt! Unbestimmt gelassen sogar der Zeitpunkt, zu dem eine neue Sitzung der Kommission einberufen werden wird, und gerade dies hat am letzten Tage den Grafen Bernstorff als deutschen Vertreter dazu veranlaßt, nunmehr kein Blatt vor den Mund zu nehmen und der Katze die Schelle umzuhängen.

Schon vor einem Jahre hatte die Abrüstungskommission einen Entwurf ausgearbeitet und in erster Lesung angenommen, aber jetzt denkt man nicht daran, auch zur zweiten Lesung zu schreiten und ihn damit zur Beratung in der Vollversammlung des Völkerbundes fertig zu machen. Vertagt hat man auch das deutsche Verlangen, genaue Zahlen über die wirkliche Rüstung aller Staaten des Völkerbundes festzustellen und zu veröffentlichen. Vertagt auch eine weitere deutsche Forderung, worin diese Vorbereitende Abrüstungskommission den Völkerbundrat ersuchen soll, möglichst im Juni nun eine wirkliche erste Abrüstungskonferenz einzuberufen und für diesen Zweck ein einfaches technisches Abrüstungsprogramm zu entwerfen, alle politischen Fragen aber der Konferenz selbst zu überlassen. Abgelehnt also alles — denn die Vertagung bedeutet nur die Ablehnung aller dieser Vorschläge. Und wie das bisher auch immer üblich war, so bringt England, um „das Gesicht zu wahren", fünf Minuten vor Toresschluß auch diesmal einen geringfügigen Flottenabrüstungsvorschlag ein, von dem es genau weiß, daß er gar nicht mehr zur Beratung kommt.

Das einzige, was also diese jetzt wieder mehrmonatige Tätigkeit der Abrüstungskommission von sich gegeben hat, ist die Resolution, die eben alles vertagt. „Dies bedeutet alles ein Stehenbleiben auf halbem Wege, keinen Fortschritt, sondern einen Leerlauf der Arbeit," äußerte Graf Bernstorff mit einer die Vertreter der Siegerstaaten recht peinlich überraschenden Deutlichkeit, um dann hinzuzusetzen, daß nun die Bundesversammlung als Hüterin des Ansehens und des Einflusses des Völkerbundes diejenige Stelle sei, die veranlassen werde, daß die Abrüstungskommission endlich aufhöre, in immer neuen Tagungen eine bedauerliche Unfruchtbarkeit zu erweisen.

Diese Mahnungen und Warnungen des Grafen Bernstorff werden zweifellos auch noch durch Ausführungen unterstrichen werden, die der deutsche Außenminister Dr. Stresemann im Deutschen Reichstag machen wird. Vor dem durchaus negativen Ergebnis der Genfer Besprechungen verschließt man im Berliner Auswärtigen Amt keineswegs die Augen und Graf Bernstoff dürfte mit seiner Rede nur politischen Weisungen gefolgt sein, die er von Berlin aus erhalten hatte. Denn auch hier verlautet, daß nach diesem Versagen des Völkerbundes Deutschland alsbald entsprechende Schritte in Genf unternehmen will, um in dem von Bernstorff angedeuteten Sinne die Vollversammlung des Bundes im nächsten Herbst vor eine grundsätzliche Entscheidung in der Abrüstungsfrage zu stellen. Deutschlands Lage als entwaffneter Staat im Mittelpunkt schwergerüsteter Mächte wird immer unerträglicher und jener Wechsel ist nun einmal in Versailles ausgestellt worden, steht im Statut des Völkerbundes selbst. Wenn man deutscherseits auch praktische Hoffnungen auf einen Erfolg schärferen Vorgehens in Genf nicht mehr hegen kann, so darf man doch gespannt darauf sein, wie sich die Aussteller jenes Wechsels um seine Honorierung herumdrücken werden.

Das sterbende Parlament

Vor der Reichstagsauflösung.

20. Mai Wahltermin.

Über das Auflösungsdekret, mit dem am kommenden Sonnabend die Arbeiten des jetzigen Reichstags abgeschlossen werden sollen, beriet am Montag das Reichskabinett. In der zu verlesenden Verfügung wird wahrscheinlich auch die Bekanntgabe des Termins der Neuwahlen geschehen, obwohl das Kabinett sich darüber noch nicht endgültig schlüssig gemacht hat. Es wurde jedoch ziemliche Einmütigkeit dahingehend erzielt, die Wahl nicht vor dem 20. Mai, entgegen anderweitigen Vorschlägen, stattfinden zu lassen. Der Reichspräsident wird darüber die Schlußentscheidung treffen. Gleichzeitig geht dann die Neuwahl zum Preußischen Landtag vor sich.

Vor dem Auseinandergehen des Reichstags wird Reichsaußenminister Dr. Stresemann voraussichtlich, etwa Freitag oder Sonnabend, über die Ergebnisse der letzten Genfer Verhandlungen in der Vollversammlung sprechen. Der deutsche Hauptdelegierte bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen, Graf Bernstorff, ist von Genf nach Berlin abgereist und wird dort alsbald Bericht erstatten.

Phöbusbericht dem Reichstag überwiesen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags erledigte die zurückgestellten Titel des Marineetats gemeinsam mit dem Bericht über die Lohmann-Unternehmungen (Phöbus). Die Aussprache über die beantragten Entschließungen war ganz kurz. Der Sozialdemokrat Heinig führte aus, daß seine Partei die politische Bloßstellung nicht mitmache, und der Sozialdemokrat Müller-Franken stellte fest, im Unterausschuß habe sich keinerlei Anhalt dafür ergeben, daß etwa Dr. Luther und Dr. Marx von den Lohmann-Unternehmungen gewußt hätten. Die vom Unterausschuß beantragten Entschließungen wurden der Reihe nach angenommen, zum Teil gegen die Kommunisten, alle mit großer Mehrheit. Die fraglichen Etatstitel wurden genehmigt, ebenso die sieben Millionen für die Phöbusabwicklung.

Kranke Staatsmänner.

Reichskanzler Dr. Marx wird möglicherweise bei dem Akt der Reichstagsauflösung nicht anwesend sein, da er nach seiner Krankheit erholungsbedürftig ist und im Lauf der Woche in Urlaub zu reisen gedenkt.

Die dritte Beratung des Etats im Preußischen Landtag, die Montag durch eine Rede des Ministerpräsidenten Braun eingeleitet werden sollte, mußte um einen Tag verschoben werden, da sich der Zustand des an einer Gürtelrose leidenden Ministerpräsidenten nicht gebessert hat. Dienstag wird er deshalb vom Innenminister Grzesinski vertreten werden. Der Präsident des Preußischen Landtags, Bartels, leidet schwer. Bartels ist an einer Lungenentzündung erkrankt. Der Landtag hat ihm seine Wünsche auf baldige Genesung aussprechen lassen. Die festliche Veranstaltung anläßlich des 25jährigen Präsidentenjubiläums des zweiten Vorsitzenden, Abgeordneten Dr. Porsch, mußte abgesagt werden.

•

Demokratische Kandidatur Dr. Wirths?

Nach Mitteilungen von verschiedenen Seiten beabsichtigt die Deutsche Demokratische Partei, dem in Baden nicht wieder aufgestellten Zentrumsabgeordneten Reichskanzler a. D. Dr. Wirth die zweite Stelle der demokratischen Kandidatenliste in den Wahlkreisen Düsseldorf-Ost und Düsseldorf-West anzubieten. Spitzenkandidat soll wie bisher der Abgeordnete Erkelenz bleiben. Der Vorstand der Demokratischen Partei der Wahlkreise Düsseldorf-Ost und -West hat dem Vorschlag zugestimmt.

Die in Berlin geführten Verhandlungen mit Dr. Wirth sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Wie es heißt, sollen die Demokraten Wirth im Falle seiner Wahl keinerlei Bedingungen stellen, sondern ihm in seinen Entschließungen völlige Freiheit lassen. In den beiden Wahlkreisen Düsseldorf-Ost und Düsseldorf-West, in denen bisher als einziger demokratischer Abgeordneter Erkelenz gewählt ist, haben bei den letzten Reichstagswahlen die Demokraten insgesamt 73 000 Stimmen, das Zentrum 579 000 Stimmen erzielt. Die Zentrumsliste in Düsseldorf-Ost führte bisher Marx, die in Düsseldorf-West Bell.

Ingenieur Goldsteins Bericht.

Prozeßverhandlung erste Aprilwoche.

Der im Donezgebiet mit anderen Deutschen verhaftet gewesene und dann wieder entlassene Oberingenieur Goldstein ist bekanntlich nach Berlin zurückgekehrt und hat dort Bericht über seine Erlebnisse erstattet. Der Bericht ist nunmehr veröffentlicht worden, bringt aber immer noch keine volle Klarheit über die eigentlichen Ursachen zu dem gewaltsamen Vorgehen der Sowjetbehörden. Nach Moskauer Berichten soll der Prozeß gegen die noch in Haft befindlichen Deutschen in der ersten Aprilwoche in Moskau stattfinden.

In der Nacht zum 6. März ist Oberingenieur Goldstein plötzlich verhaftet worden. Nach einer eingehenden Haussuchung wurde er in die nächste Kreisstadt Stalin übergeführt. Hier wurde er 24 Stunden im Gefängnis gehalten, dann nach Charkow und von dort nach Rostow am Don gebracht. Im Rostower Gefängnis hat er die ganze Zeit bis zu seiner Freilassung am 17. März zugebracht. Am 14. März fand das erste Verhör statt. Es stellte sich heraus, daß ein Montagebericht, den einer seiner Monteure ihm nachgeschickt hatte, der Sowjetgeheimpolizei in die Hände gefallen und von dieser in so entstellender Form übersetzt worden sei, daß sich tatsächlich alles mögliche daraus konstruieren ließ. Der Vergleich mit dem Original hat dann aber offenbar auch die Sowjets von der Haltlosigkeit der Anklagen überzeugen müssen, und so wurde Goldstein und Wagner am 17. März freigelassen.

Landesratswahlen im Saargebiet.

Eine Rede Westarps.

Am Sonntag vollzogen sich die Wahlen zum Landesrat des Saargebiets ohne Zwischenfälle. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 63½ Prozent. Nach dem vorläufigen Wahlergebnis erhielten die Sozialdemokraten 43 411 Stimmen gegen 46 627 im Jahre 1922, die Kommunisten 46 407 (40 235), die Wirtschaftspartei 9156 (10 390), die Deutsch-demokratische Partei 3900 (0), die Saarländische Volkspartei 26 328 (37 571), die Christlichsozialen 9302 (0), die Deutschnationalen 10 496 (0), die Zentrumspartei 128 886 (108 211) Stimmen. Danach erhalten voraussichtlich die Sozialdemokraten 5 (vorher 6), die Kommunisten 5 (5), die Wirtschaftspartei 1 (1), die Demokraten 0 (0), die Saarländische Volkspartei 3 (4), die Christlichsozialen 1 (0), die Deutschnationalen 1 (0), das Zentrum 14 (14) Sitze.

•

Am Vorabend der Wahl sprach der deutschnationale Führer Graf Westarp in Saarbrücken. Er führte u. a. aus: „Die Not und Treue der Saarbevölkerung sei im ganzen Vaterlande wohlbekannt und ihm selbst sei die Unhaltbarkeit der Saarzustände bei seinem Besuche vor Augen getreten. Die Locarnopolitik habe keinen greifbaren Erfolg gebracht. Der Völkerbund habe schwer versagt, und eine der schwersten Vorwürfe gegen den Völkerbund sei das Saargebiet. Ebenso habe er in der Frage der allgemeinen Abrüstung versagt. Die Innenpolitik des Deutschen Reiches bedürfe sehr der Reform. Westarp wandte sich hierbei gegen den Einheitsstaat. Gegen den Absolutismus des Parlaments und der Parteien gelte es, dem glänzend bewährten Gedanken der Führerpersönlichkeit wieder zur Geltung zu verhelfen."

Dr. Köhler zur politischen Lage.

Mittelstandsfragen

Auf einer Mittelstandstagung der Oberschlesischen Zentrumspartei in Gleiwitz sprach Reichsfinanzminister Dr. Köhler über die politische Lage. Die Freiheit des deutschen Volkes und Landes sei das Hauptziel der Außenpolitik. Dem Völkerbund würden wir allerdings erst dann mit frohem Herzen zustimmen können, wenn alle deutschen Lande frei seien. Um Sicherheit und Abrüstung werde gefeilscht, während die ganze Welt in Waffen starre. Diese Probleme könnten nur auf dem Boden der Gleichberechtigung gelöst werden.

Der Minister schilderte sehr eingehend die Entwicklung der letzten zehn Jahre. Er ging auf die Notlage der Landwirtschaft ein und wandte sich gegen die Aufhetzungen zum Steuerstreik und die Bedrohung der Beamten durch Aufmärsche vor den Finanzämtern. Das Deutsche Reich könne sich das nicht bieten lassen, zumal auf dem Gebiete der Reichssteuern alles getan worden sei, was möglich wäre. Bei Betrachtung der Notlage des deutschen Mittelstandes wandte der Minister sich gegen die Bildung von Interessenparteien, die keinen Nutzen hätten. Jeder Beruf solle sich organisieren, aber Einfluß auf die politischen Probleme könne nur durch Mitarbeit bei den großen Parteien gewonnen werden.

Zum Schluß beschäftigte sich der Finanzminister mit dem Hauptfinanzproblem, der Aufbringung der Mittel. Er gab den unerträglichen Steuerdruck zu und erkannte die Notwendigkeit einer Steuersenkung an. Vor allem sei die Herbeiführung einer gerechten Veranlagung erforderlich. Es gehe nicht an, daß ein Teil stark belastet sei, während der andere Teil zuwenig zahle.

Noch 60 000 Mann im Rheinland.

Düsseldorf. Hier wurde der Rheinische Provinziallandtag mit einer Begrüßungsansprache des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, eröffnet. Der Oberpräsident betonte, daß seit der letzten Tagung des Provinziallandtages in der außenpolitischen Lage der Rheinprovinz keine Änderung eingetreten sei. Die Bevölkerung der Rheinprovinz stehe auf dem Standpunkt der Reichsregierung, daß die längst fällige Räumung durch die Besatzungstruppen nicht durch neue, nicht im Versailler Vertrag vorgesehene Belastung erkauft werden könne. So sehr der Rheinländer die Freiheit ersehne, so sei er entschlossen, auszuhalten, bis die Stimme der Vernunft den Weg zu einem wahren Frieden und zur Verständigung weise. Es sei notwendig, von Zeit zu Zeit darauf hinzuweisen, daß noch über 60 000 fremde Soldaten auf deutschem Boden stehen, davon mehr als 30 000 in den preußischen Rheinlanden.

Landeshauptmann Dr. Horion wies in seiner Rede auf die wirtschaftliche Lage der Rheinprovinz hin, die als vollkommen unsicher bezeichnet werden müsse. Besonders schlimm sei die Lage der Landwirtschaft, die der Kleinbauern und Kleinwinzer.

Oberbürgermeister Dr. Jarres wurde wieder zum Vorsitzenden des Provinziallandtages gewählt.

SLUB
Wir führen Wissen.